

Anwesend:

Oberbürgermeister:

Oberbürgermeister Eberhard Menzel

Mitglied SPD-Fraktion:

Beigeordneter Wilfrid Adam
Ratsmitglied Holger Barkowsky
Ratsmitglied Sabine Gastmann
Beigeordneter Siegfried Neumann
Ratsvorsitzender Norbert Schmidt

Mitglied CDU-Fraktion:

Vorsitzende Ursula Glaser
1. Bürgermeister Fritz Langen
Ratsmitglied Bernhard Rech
Beigeordneter Günter Reuter
Beigeordneter Heinz Weerda

Mitglied FDP-Fraktion:

Ratsmitglied Susanne Bauermeister
Beigeordneter Michael von Teichman
Ratsmitglied Horst Radmer

Mitglied BASU-Fraktion:

Ratsmitglied Joachim Tjaden

Mitglied LAW-Fraktion:

Ratsmitglied Johann Janssen
Ratsmitglied Gerold Tholen

Mitglied Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

2. Bürgermeister Werner Biehl

Dezernenten:

Erster Stadtrat Jens Stoffers
Stadtbaurat Klaus-Dieter Kottek
Stadtrat Jens Graul
Stadtkämmerer Heiko Hoff

Protokollführung:

Protokollführer Jörg Engesser 20

von der Verwaltung:

Prokurist Gernot Beutner	WFG
Pressesprecher Arnold Preuß	13
Sachbearbeiterin Insa Rogel	13
Fachbereichsleiter Jörg Valnion	20
Rechnungsprüfungsamtsleiter Erwin Wothe	14

A. Öffentlicher Teil:

Tagesordnung:

1. Eröffnung der Sitzung sowie Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft, Maritime Fragen, Stadtmarketing und Tourismus
4. Vorlagen an den Rat
 - 4.1. Haushaltssicherungskonzept zum Haushalt 2007
 - 4.2. Änderung der Entgeltordnung für das Stadttheater
 - 4.3. Entsendung eines Mitgliedes in den Aufsichtsrat der Info-Box JadeWeserPort GmbH
 - 4.4. Beteiligung der Stadtwerke Wilhelmshaven GmbH an der Nautimo GmbH
5. Mitteilungen und Anfragen
 - 5.1. Antrag FDP-Fraktion: Vorstellung des Rechnungsprüfungsamtes

1. Eröffnung der Sitzung sowie Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die Vorsitzende, **Frau Glaser**, eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

2. Feststellung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wurde die vorgetragen festgestellt.

3. Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft, Maritime Fragen, Stadtmarketing und Tourismus

Die Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft, Maritime Fragen, Stadtmarketing und Tourismus vom 19.03.2007 wurde einstimmig genehmigt.

4. Vorlagen an den Rat:

- 4.1. Haushaltssicherungskonzept zum Haushalt 2007

Die Vorsitzende, **Frau Glaser**, trug Beschlussvorlage, Begründung sowie die vorliegenden Vorschläge der Jamaika-Kooperation zum Haushaltssicherungskonzept vor. *Siehe Anlage*

Herr Dr. von Teichman warf der Verwaltung vor keinen eigenen Vorschlag gemacht zu haben. Seiner Ansicht nach wäre es die Pflicht der Verwaltung gewesen ein Haushaltssicherungskonzept schriftlich vorzulegen.

Oberbürgermeister Menzel entgegnete, der Vorschlag der Verwaltung zur Haushaltssicherung sei vom Rat abgelehnt worden, aus diesem Grund sei es nun gemeinsame Aufgabe der Politik ein Haushaltssicherungskonzept vorzulegen.

Herr Dr. von Teichman bat die Verwaltung um Auskunft über die für 1007 zu erwartenden Steuermehrerträge. **Stadtkämmerer Hoff** entgegnete, die Verwaltung erwarte schätzungsweise für 2007 Steuermehrerträge von: Grundsteuer A und B ca. 2,6 Mio. €, Gewerbesteuer ca. 15 Mio. €, sonstige Gemeindesteuern ca. 24.000 €, Anteil an der Einkommenssteuer ca. 218.000 €. Gleichzeitig würden die Aufwendungen für die Gewerbesteuerumlage um ca. 2,8 Mio. € steigen.

Herr Dr. von Teichman formulierte anschließend zu den vorliegenden Vorschlägen der Jamaika-Kooperation zum Haushaltssicherungskonzept folgende drei Ergänzungsvorschläge seiner Fraktion: 1. Zu Pkt. 1 (*Kosten der Unterkunft*) als Zielvorgabe 2007 Minderaufwendungen in Höhe von 60.000 €, 2. Zu Pkt. 6 (*Steuereinnahmen*) als Zielvorgabe 2007 Mehrerträge von 1,0 Mio. € statt nur 0,5 Mio. €, 3. als neuer Pkt. Als Zielvorgabe 2007 Mehrerträge aus „Verkauf von Erbbaugrundstücken“ in Höhe von 1,2 Mio. €.

Herr Neumann bat die Vertreter der Jamaika-Kooperation aufzuzeigen, wie sie die gemachten Vorschläge über den gesamten Zeitraum der mittelfristigen Finanzplanung darstellen sollen. **Herr Prof. Reuter** erläuterte, die Steuermehrerträge von 1 Mio. € bezögen sich nur auf das Haushaltsjahr 2007, für die Jahre 08-10 solle es bei 0,5 Mio. € bleiben. Die Mehrerträge aus dem Verkauf von Erbbaugrundstücken bezögen sich nur auf das Haushaltsjahr 2007.

Anschließend formulierte **Herr Prof. Reuter** die Frage, ob angesichts der aus seiner Sicht zu erwartenden Steuermehrerträge überhaupt noch ein Haushaltssicherungskonzept notwendig sei. **Herr Hoff** entgegnete, dass mind. Aufgrund der Maßgabevereinbarung mit dem Land Niedersachsen weiterhin ein Haushaltssicherungskonzept notwendig sei. Im Folgenden nahm Herr Hoff zu den Vorschlägen der Jamaika-Kooperation wie folgt Stellung:

Steuermehrerträge: Im Haushalt 2007 seien bereits 18 Mio. € Mehrerträge eingeplant. Die Erhöhung der zu erwartenden Steuererträge, ohne Steuererhöhungen, scheint zumindest zweifelhaft. Im Hinblick auf Steuermehrerträge für die Haushaltsjahre 2008-2010 gilt es die anstehende Unternehmenssteuerreform des Bundes ins Kalkül zu ziehen.

Haushaltsvollzug: Aus den Erfahrungen der letzten Haushaltsjahre erscheinen die vorgeschlagenen Minderaufwendungen von 1,0 Mio. € zumindest erreichbar.

Verkauf von Erbbaugrundstücken: Vor dem Hintergrund der bereits in den letzten Jahren intensiv durchgeführten Verkaufsaktionen erscheint die Zielvorgabe nur schwer erreichbar.

Kosten der Unterkunft (KdU): Im Haushalt wurden die KdU bereits um 380.000 € abgesenkt. Positive Anzeichen, die nun ein Absenken um weitere 60.000 € unterstützen wurden sind derzeit nicht zu erkennen. **Sozialdezernent Stoffers** gab zu bedenken, der Gesamtansatz für die KdU beliefe sich auf 24 Mio. €. Ein absenken um genau 60.000 € setze eine äußerst Präzise Prognose voraus. Eine solche ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt jedoch kaum zu erstellen. Aus diesem Grund könne er den Vorschlag weder bejahen noch verneinen. Zu Bedenken gab er, dass bei geringeren KdU Aufwendungen auch die entsprechenden Kostenerstattungserträge sinken.

Herr Prof. Reuter bat die SPD-Fraktion den von der Jamaika-Kooperation

gemachten Vorschlägen zuzustimmen. Andernfalls stünde Wilhelmshaven am Ende mit leeren Händen da und eine Vielzahl von Investitionen könnten mangels Haushalt in diesem Jahr nicht mehr durchgeführt werden. Außerdem habe die SPD-Fraktion ja auch kein eigenes Haushaltssicherungskonzept vorgelegt.

Herr Neumann bat um Verständnis, dass sich seine Fraktion hier im Ausschuss zunächst der Stimme enthalten werde um die gemachten Vorschläge zunächst in der Fraktionssitzung zu besprechen. Aus seiner Sicht stellten sich die Vorschläge jedoch allesamt als eher fraglich dar. Es handele sich keinesfalls um echte Vorschläge zur „Haushaltssanierung“ sondern lediglich um ein Verschieben auf die Zukunft und um das „Prinzip Hoffnung“. **Herr Biehl** stimmte in dem Punkt zu, es handele sich überwiegend um das „Prinzip Hoffnung“, dieses sei jedoch absolut in Ordnung. Jeder Haushalt bestünde schließlich zu einem Großteil aus einem gewissen spekulativen Anteil.

Oberbürgermeister Menzel nannte sämtlich gemachte Vorschläge risikobehaftet. Viele der Vorschläge seien insbesondere von den termingerechten Baufortschritten des Jade-Weser-Ports abhängig. Hiezu kann die Verwaltung aus seiner Sicht zum heutigen Stand nicht „mehr die Hand ins Feuer legen“. **Herr Hoff** nannte dieses Einwand von Herrn Menzel als berechtigt. **Herr Dr. von Teichman** zeigte sich erstaunt hinsichtlich des plötzlichen Pessimismus des Oberbürgermeisters zum Baufortschritt des Jade-Weser-Port. Aus seiner Sicht gäbe es hierzu keinen Grund.

Herr Dr. von Teichman warf dem Oberbürgermeister vor, er „wolle gar keinen Haushalt“, zum Schaden der Stadt. Außerdem würde zumindest eine Fraktion hinsichtlich des Haushaltssicherungskonzeptes „mauern“. Der Stadtkämmerer wolle zumindest einen genehmigungsfähigen Haushalt und dieser sei mit den Vorschlägen der FDP-Fraktion auch zu erreichen.

Herr Menzel stellte abschließend die Frage worauf sich der Pkt. „Haushaltsvollzug“ konkret beziehen würde. Schließe der Vorschlag der Jamaika-Kooperation auch freiwillige Aufgaben, z.B. im Bereich der Kultur mit ein oder seien diese Ansätze ein „politisches Tabu“?

Herr Dr. von Teichman vertrat die Auffassung, Herr Menzel würde der „Fraktion der Schlechtredner“ angehören. Die Jamaika-Kooperation solle hier in Richtung „Kulturschänder“ gerückt werden.

Freiwillige Aufgaben, insbesondere im Bereich Kultur seien von diesem Vorschlag selbstverständlich nicht bezogen. Einsparungen im Haushaltsvollzug sollen erreicht werden bei z.B. Energiekosten, Heizkosten, Telefonkosten, Dienstreisen, Empfänge, Fortbildungen, Gutachten, etc.

Herr Weerda stellte den Antrag zur Geschäftsordnung auf Ende der Diskussion.
–einstimmig zugestimmt–

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-

Der Rat beschließt das anliegende Haushaltssicherungskonzept zum Haushalt 2007 gem. § 40 Abs. 1 Nr. 8 NGO i.V.m. § 82 Abs. 6 NGO mit den von der FDP-Fraktion ergänzten Vorschlägen.

4.2. Änderung der Entgeltordnung für das Stadtheater

Die Vorsitzende, **Frau Glaser**, trug Beschlussvorlage und Begründung vor.

-Keine Wortbeiträge-

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

4.3. Entsendung eines Mitgliedes in den Aufsichtsrat der Info-Box JadeWeserPort GmbH

Die Vorsitzende, **Frau Glaser**, trug Beschlussvorlage und Begründung vor.

Oberbürgermeister Menzel führte zur Beschlussvorlage aus, die Entsendung eines Mitgliedes in den Aufsichtsrat der „Jade-Weser-Port-Info-Box GmbH“ sei aus Sicht des Tourismus notwendig. Er schlug als Mitglied Herrn Dr. Graul vor, da dieser für Tourismus zuständig sei.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-

Als Mitglied in den Aufsichtsrat der Info-Box JadeWeserPort GmbH wird Herr Dr. Graul entsandt.

4.4. Beteiligung der Stadtwerke Wilhelmshaven GmbH an der nautimo GmbH

Herr Biehl stellte den Antrag den Tagesordnungspunkt in nichtöffentlicher Sitzung zu beraten und zu beschließen.

-einstimmig zugestimmt-

5. Mitteilungen und Anfragen:

5.1. Antrag FDP-Fraktion: Vorstellung des Rechnungsprüfungsamtes

Der Leiter des Rechnungsprüfungsamtes, **Herr Wothe**, führte umfangreich zu den Fragestellungen des Antrages aus. *Siehe Anlage*

Herr Dr. von Teichman fragte im Bezug auf die Prüfung von Vergaben, ob diese nur im Bereich der Verwaltung oder auch im Bereich der städtischen Beteiligungen durch das Rechnungsprüfungsamt erfolgen.

Herr Wothe führte hierzu aus, die Vergabevorschriften seien grundsätzlich auch bei den städtischen Beteiligungen anzuwenden. Die Prüfung von Vergaben durch städtische Beteiligungen durch das Rechnungsprüfungsamt sei jedoch nur dann möglich, wenn dies im Gesellschaftsvertrag auch so vorgesehen wäre. In der Regel übernehme der Wirtschaftsprüfer diese Aufgabe.

Die Feststellung von **Herrn Dr. von Teichman**, der Wirtschaftsprüfer würde ja lediglich die Ordnungsmäßigkeit der Ausgaben prüfen, wurde von **Herrn Wothe** bestätigt.

Auf die Frage von **Herrn Dr. von Teichman**, ob dem Rechnungsprüfungsamt Informationen zugänglich seien, wofür eine städtische Beteiligung Aufträge vergeben habe, entgegnete **Herr Wothe**, das Rechnungsprüfungsamt hätte hier keinen Zugang.

Es folgte der nichtöffentliche Teil der Sitzung.

Ende der Sitzung: 17:45 Uhr

Hoff
Stadtkämmerer

Glaser
Vorsitzende

Engesser
Protokollführer